

Schweiz

Das Experiment Glarner

Selten war ein Nationalrat so schnell so verhasst wie Andreas Glarner. Schadet der Asylchef der SVP? Oder braucht die Partei einen wie ihn? Im Bundeshaus ist man sich noch nicht sicher.

Philipp Loser

«Sorry, diese Seite existiert nicht!» Andreas Glarner, SVP-Nationalrat aus Oberwil-Lieli und seit März verantwortlich für die Asyl- und Migrationspolitik der SVP, hat diese Woche sein Twitter-Profil gelöscht. Er ertrage es nicht mehr. Diese Häme, den ganzen Dreck. Das macht dich krank. Er erzählt das in der Wandelhalle des Bundeshauses und lächelt dabei auf eine Art, bei der man nie ganz sicher ist: Meint er das jetzt ernst? Er habe Analysen angestellt, sagt Glarner. Wann seine Gegner twittern, und von wo. Sein Fazit: Das müssen Staatsangestellte sein, Linke, die dem Herrgott den Tag stehlen statt etwas Anständiges zu arbeiten.

«Was dort an Gehässigkeiten von der linken Seite gepostet wird, geht auf keine Kuhhaut», schreibt Glarner später auf Facebook. Nachzulesen ist das auf diversen Nachrichtenseiten. Wenn Glarner seinen Twitter-Account schliesst, dann sind das News. Es waren auch News, als er dichtete: «Steht bei Dir ein Asylant im Keller, war Sommaruga schneller!» Als er eine zweifelhafte Geschichte über AHV-Rentner in Chiasso verbreitete oder als er eine Frau auf Twitter eher uncharmant wegen ihres Profilbilds anging.

Ein rechter Eiferer

Glarners Auftritt in den sozialen Medien ist der eines ganz normalen, rechten Online-Eiferers. Ein einziges grosses «Das wird man doch noch sagen dürfen!», immer haarscharf an der Grenze des Erlaubten. Die Eskalation findet dann jeweils in den Kommentaren statt, wo die politischen Gegner «Zecken» oder



Man werde über ihn noch staunen, sagt Andreas Glarner. Foto: Peter Klauzner (Keystone)

«Pack» sind und die Ausländer ironisierte «Fachkräfte».

Glarner selber haben die Provokationen nicht geschadet. Im Gegenteil: Selten wurde aus einem Aargauer Lokalpolitiker rasanter eine nationale Figur. Von der Intensität der Reaktionen, die seine Äusserungen auslösen, ist er nur noch mit den Grossen in der Partei zu vergleichen. Man kann Glarner's Aufstieg nur staunend verfolgen. Und wird dabei Zeuge eines Experiments, bei dem unklar ist, ob es tatsächlich so gewollt war.

Sicher ist: Glarner weiss, wie Provokation funktioniert. Er weiss, dass es keine Rolle spielt, ob man eine Aussage relativieren oder korrigieren muss: Es kommt nur darauf an, die Ungeheuerlichkeit

einmal auszusprechen. So war es bei der «Stacheldraht»-Affäre, jenem Interview im «Bund», in dem Glarner im Frühling forderte, die Landesgrenze mit Stacheldraht einzuzäunen. Parteipräsident Albert Rösti korrigierte Glarner's Aussage (auf Druck von Christoph Blocher, wie der «Blick» berichtete), die Parteibasis war auf seiner Seite. Rösti musste sich offenbar einiges von den eigenen Leuten anhören, als er seinen Asylchef öffentlich rügte. «Warten Sie nur, Stacheldraht wird noch modern», sagt Glarner und lächelt wieder dieses seltsame Lächeln. «Können Sie mir erklären, warum man in Bern die Nationalbank mit Stacheldraht verkleidet, aber an unserer Grenze soll das nicht möglich sein?»

Immer wieder Stacheldraht. Und das sagt nicht irgendein SVP-Nationalrat aus dem Kanton Aargau, das sagt der Verantwortliche für das Asyl- und Migrationsdossier in der grössten Partei der Schweiz. Es gibt einige in der Partei, die Mühe haben mit Glarner. Sie hätten lieber Heinz Brand als Asylchef gehabt, jenen ehemaligen Migrationsbeamten aus Graubünden, der über Jahre in der SVP als die Instanz in Ausländerfragen hochgelobt wurde. Doch Brand wollte etwas zu offensichtlich in den Bundesrat, legte sich mit den falschen Leuten an, verlor. Als Rösti ihn als neuen Asylchef anfragte, sagte Brand ab. Verletzter Stolz.

Schamgrenze überschritten

Nun also Glarner. Die Zusammenarbeit sei gut, sagt Parteipräsident Rösti, er halte sich an die Spielregeln und sei schon eine wichtige Stimme im Thema. «Von mir ist bekannt, dass ich eher ausgleichend wirke. Da ist es wichtig, dass ich Leute an meiner Seite habe, die nicht nur bequem sind», sagt Rösti. «Es war mir bei der Bildung der Parteileitung wichtig, die profilierten Leute von Anfang an einzubeziehen. Provokationen sind manchmal wichtig, um etwas zu erreichen. Es darf auch mal klöpfen.»

Das ist die offizielle Version in der SVP. Es gibt aber auch eine andere. Jene Stimmen, die Glarner als Hypothek bezeichnen. Als Risiko in einer Zeit, in der es eigentlich gut laufe für die SVP, und FDP und CVP auf eine härtere Asyl-Linie umschwenken. «Da ist es nicht ungefährlich, wenn man eine polarisierende Figur wie Glarner an der Spitze des Dossiers hat», sagt ein Nationalrat, der wie

alle SVPLer in der Fraktion seine Kritik nur anonym äussert. Ein Freisinniger stellt das Gleiche fest – wertet es aber positiv. «Wenn jemand so offensichtlich die Schamgrenze überschreitet, nützt das am Ende uns.»

In der SP ist man sich da nicht so sicher. Seit Jahren warne er davor, die Entwicklung der SVP nach rechts sei noch nicht abgeschlossen, sagt SP-Nationalrat Cédric Wermuth. «Glarner bestätigt mich nun darin. Er steht für die rechtsextreme Repositionierung der Partei.» Der Asylchef sei gefährlich, weil er die Partei gegen innen radikalisiere. «Er weitet die Grenze des Erträglichen so weit nach rechts, damit der Mainstream der Partei ihm gefahrlos folgen kann. Wir diskutieren heute Forderungen, die vor 20 Jahren noch als rechtsextrem und undenkbar gegolten hätten.» Das Beispiel Glarner erkläre auch, warum es in der Schweiz keine Bewegung wie Pegida gebe. «Diese Kräfte werden von der SVP aufgesaugt. Wahrscheinlich repräsentiert Glarner einen viel grösseren Teil der SVP-Basis, als wir uns das vorstellen mögen.»

Macht er das bewusst, die Grenze zu verschieben? Mit Provokationen das Feld für die Partei zu räumen? Aber woher, sagt Glarner. «Steh ich irgendwo auf dem Gas?» Die Kritik kümmere ihn wenig. «Es ist doch logisch, dass der neue Asylchef der SVP zuerst einmal abgeschlossen werden soll. Vor allem, wenn er ein harter Hund ist.» Man werde noch staunen, da gebe es ein neues Konzept, das er für die Parteileitung geschrieben habe. «Mit dem Weichzeichner», sagt Glarner. Er sagt es so, dass man es auch als Drohung verstehen könnte.

Anzeige



In 14 Tagen um die Welt.
Lesen macht mehr aus Ihren Ferien.

orell.
füssli
mein Buch

orellfüssli.ch



Gute Woche für die Tabaklobby – schwere Zeiten für Berset

Gesundheitsminister Alain Berset bekommt die rechte Mehrheit im Parlament zu spüren.

Markus Brotschi

Die Tabaklobby konnte gestern den zweiten politischen Erfolg dieser Woche verbuchen. Der Bundesrat zog seinen ursprünglichen Antrag auf eine Anhebung der Tabaksteuer zurück. Aus der von Präventionsexperten geforderten schrittweisen Erhöhung der Zigarettenpreise auf 11 Franken pro Päckchen wird nichts. Viel wichtiger war der Tabakindustrie aber der Beschluss des Ständerats vom Dienstag, mit dem die kleine Kammer das Tabakproduktegesetz an Bundesrat Alain Berset zurückschickte. Der Auftrag lautet: Verzicht auf ein Werbeverbot und andere Vorschriften für die Tabakbranche. Für den Gesundheitsminister war die Rückweisung des Tabakproduktegesetzes der Auftakt für eine schlechte Woche. Am Donnerstag lehnte der Ständerat eine Vorlage ab, mit der Berset die Qualität in der Gesundheitsversorgung verbessern wollte.

Brückenbauer fehlen

Beide Niederlagen im Ständerat sind ein Zeichen dafür, dass bei den Wahlen vom letzten Herbst nicht nur der Nationalrat rechter geworden ist, sondern dass sich die Gewichte auch im Ständerat verschoben haben. Die Rücktritte bürgerlicher Brückenbauer in der Sozial- und Gesundheitspolitik wie Urs Swaller (CVP), Christine Egerszegy (FDP) oder Felix Gutzwiller (FDP) bekommt Berset nun zu spüren. Allerdings hat Berset im Ständerat auch schon in der Legislatur 2011-2015 bittere Niederlagen erlitten. So war es ausgerechnet der Freiburger Urs Swaller, der 2012 massgeblich mit half, das Präventionsgesetz zu verankern. Im Hintergrund weibelte damals die gleiche Lobby wie nun gegen das Tabakproduktegesetz: der Gewerbeverband.

FDP-Fraktionschef Ignazio Cassis begründet Berset's Niederlagen mit einer «Trendwende im Parlament». «Die bür-

gerlichen Parteien wollen keine neuen Regulierungen, die nicht unbedingt nötig sind und nur zu zusätzlicher Bürokratie und zu Kosten führen.» Die Rückweisung des Tabakproduktegesetzes wie das Nichteintreten auf die Qualitätsvorlage sei aber nicht in der Person von Alain Berset begründet.

Wichtigste Vorlage kommt noch

Cassis verweist darauf, dass im Nationalrat in dieser Session auch Regulierungsbegehren von bürgerlicher Seite abgelehnt wurden, etwa die Formularpflicht für Vermieter oder die Littering-Strafnorm. Die Formularpflicht war ein Anliegen von FDP-Bundesrat Johann Schneider-Ammann, die Litteringvorlage wurde von FDP-Nationalrat Jacques Bourgeois initiiert.

Bisher war der Rechtsrutsch weniger im Ständerat, sondern vor allem im Nationalrat spürbar. Dort muss Berset im September denn auch um seine wichtigste Vorlage kämpfen, die Reform der Altersvorsorge. Bisherige Beschlüsse der nationalrätlichen Sozialkommission deuten darauf hin, dass die Grosse Kammer die sozialpolitischen Kompromisse von Bundesrat und Ständerat nicht mitträgt und neue Akzente setzen will. Insbesondere soll der AHV eine Schuldenbremse verpasst werden, die bei schwindendem AHV-Vermögen eine Erhöhung des Rentenalters vorsieht.

Für Cassis lässt sich die Altersvorsorge nicht mit eher unbedeutenden Geschäften vergleichen, mit denen Berset diese Woche auflief. Für Cassis ist Berset bei der Altersvorsorge gar ein Hoffnungsträger. «Wenn ein sozialdemokratischer Bundesrat diese Sozialreformen vertritt, erhöht das die Chancen in der Volksabstimmung.» Deshalb brauche es einen tragfähigen Kompromiss.



Alain Berset
Vorsteher des Eidgenössischen Departements des Innern